Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 5

Artikel: Zum 15. Dezember 1938
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333479

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Einigung aller Klassen und Parteien in der Zeit der Gefahr, in der wir heute leben, böte die beste Garantie jeder außenpolitischen Unabhängigkeit. Die vergangene Bundesratsersatzwahl wäre die Gelegenheit zu solcher volksverbundenen Einigung gewesen. Die Freisinnig-Demokratische Partei und mit ihr die Mehrheit in der Bundesversammlung hat eine historische Stunde verpaßt. Der Freisinn wird es büßen müssen, denn nichts geschieht in Politik und Geschichte umsonst. Es scheint, daß auch das schweizerische Bürgertum nicht erkennt, wo der Feind steht. Das wichtige Buch des Senatspräsidenten Dr. Rauschning, eines ehemaligen Mitgliedes der NSDAP. in Danzig, die »Revolution des Nihilismus« sollte dem schweizerischen Bürgertum die Augen öffnen.

Es scheint mir immer gefährlich, geschichtliche Parallelen zu ziehen. Es wird in letzter Zeit häufig auf das Jahr 1798 hingewiesen. Wenn in der Tat die Lage heute ähnlich derjenigen wie vor dem Jahre des Untergangs der alten Eidgenossenschaft ist, so scheint mir der Abwehrwille im Schweizervolk heute geistig derart stark zu sein, daß ohne Zweifel erklärt werden darf: Es darf und wird kein zweites 1798 geben! Die schweizerische Arbeiterschaft wird die Eidgenossenschaft gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen werden, zusammen mit allen Werktätigen im Schweizervolk, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen. Die schweizerische Arbeiterschaft ist stark. Sie glaubt an die schweizerische Demokratie, sie weiß, was ihr die Demokratie wert ist. Die Politik der schweizerischen Arbeiterschaft wird darum auch in Zukunft in derselben Richtung der Verständigung, über Parteien und Klassen hinweg, sich bewegen. Denn die schweizerische Arbeiterschaft weiß sich dabei getragen vom Willen des gesamten Volkes. Der 27. November war der Ausdruck der Volksverbundenheit der Politik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Er ist die beste Rechtfertigung dieser Volkspolitik. Daraus ergibt sich auch die Forderung für die nächste Zeit: Volkswahl des Bundesrates!

Es geht dabei um ein altes Postulat. Es ist 1900 erstmals in einer Volksabstimmung unterlegen. Das Postulat ist heute zur Realisierung reif geworden. Die Volkswahl des Bundesrates wird dem Volk Gelegenheit geben, im Bund für neue Männer und für eine neue Politik zu sorgen.

Zum 15. Dezember 1938

Von Ernst Reinhard.

Die Partei hat am 15. Dezember 1938 *im Parlament* eine Schlappe erlitten; der Umfang des Ereignisses wird durch die Tatsache umrissen, daß ihr Kandidat in der Volksvertretung, dem Nationalrat, gewählt wurde und daß erst der Ständerat den Sieg in ein verlornes Gefecht verwandelte. Die Partei hat aber *im Volke* einen Sieg errungen, dessen Umfang durch die andere Tatsache bestimmt wird, daß nicht nur die bernische Bauernpartei sich fast geschlossen für die Berücksichtigung

der Partei einsetzte, sondern daß das Parteivolk der Freisinnigen gegen seine Instanzen in heller Empörung stand. Es gab über das hinaus keine bürgerliche Partei, in der nicht das Parteivolk für unsere Ansprüche, im Namen der Gerechtigkeit und der Staatsklugheit, gegen den eigenen Parteiapparat aufgestanden wäre.

Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, welches dieser Ereignisse höher gewertet wird; danach bestimmt sich auch die Linie des Verhaltens in der Zukunft. Grundsätzlich muß zwar festgehalten werden, daß auch dann, wenn ein eigentlicher Mißerfolg festzustellen wäre, kein Anlaß vorliegen dürfte, um eine als richtig erkannte Politik zu ändern. Hier entscheidet sich nämlich, ob eine politische Linie Sache der Ueberzeugung oder der Taktik ist. Ist sie nur dieses letzte, dann mag ein Mißerfolg zur Kursänderung veranlassen, wobei sich eine Partei, die so verfährt, den Vorwurf der Ueberzeugungslosigkeit und der schlimmsten Konjunkturreiterei gefallen lassen muß. Ist sie aber jenes erste, dann wird sich die Charakterstärke selbst sagen, daß nicht ein Mißerfolg zu Beginn die Unrichtigkeit des Grundsatzes zu beweisen vermag, sondern daß es auf eine Reihe ähnlicher Kämpfe, Gefechte und Schlachten ankommt, bis der Erfolg oder Mißerfolg die Richtigkeit erhärtet. Aber als vorübergehende Probe kann man die Ereignisse vom 15. Dezember schon werten.

Wird aber das Ereignis im Parlament als entscheidend angesehen, dann mag man von erhaltenen Fußtritten reden, oder man mag sich noch drastischer ausdrücken; dann mag man vom Dank für die Hilfe beim Finanzprogramm sprechen; dann mag man auch mit der wilden Leidenschaft des Genossen Nicole das Scheitern der seit Luzern, Zürich und Basel eingeschlagenen Politik feststellen und dann die Rückkehr zur alten verlangen. Daß das Ereignis im Parlament nun gerade für diejenigen bestimmend ist, die sich auf ihre Massenpolitik etwas zugute tun, ist ein Zeichen dafür, wie gründlich man dort noch einmal die Situation verkennt.

Aber es kommt auf den Ausgang des Kampfes im Parlament gar nicht an. Warum haben wir die Programmänderung durchgeführt, etwa um den freisinnigen, katholischen und welschreaktionären Führern im Parlament zu gefallen? Oder haben wir es nicht vielmehr deswegen getan, weil wir erkannt haben, daß Grundsätze, die unter andern Verhältnissen richtig sein mochten, uns vom Volke trennen würden, so daß dieser Riß im Volke nicht nur unsere Partei zerstören, sondern nach dem österreichischen Beispiel den demokratischen Staat mit in den Abgrund reißen würde? Haben wir es nicht vielmehr getan, um diesen demokratischen Staat, dessen Bestehen in den Zeiten der Sicherheit von uns gern mißachtet wurde, durch die Zeiten der Gefahr zu retten, indem wir sein *Volk* zu einem festen Block der demokratischen und sozialen Verteidigung zusammenschlossen? Haben wir es nicht deswegen getan, weil wir an das Gewissen und den Mut des Volkes appellierten und dabei nicht isoliert stehen, sondern ehrlich mit diesem Volke, als treue Diener der sozialen und demokratischen Idee, für die Menschheitssendung dieser kleinen Demokratie kämpfen wollten? Haben wir

uns für die neue Politik der Mitte entschieden aus Diplomatie oder aus Ueberzeugung?

Man muß diese Fragen beantworten können, und tut man es, so wie man es heute tun muß, dann wird dieser Mißerfolg im Parlament parteipolitisch von verschwindender Bedeutung; er ist schlimm für das Land, aber gewaltig wird das Geschehen im Volke. Sagen wir es doch offen heraus, daß wir eine derart naturhaft losbrechende Reaktion gegen die Kulissenschieberei der Apparate einfach nicht für möglich hielten. Diese Reaktion ist da; sie zeugt von einer so grundanständigen, einer so saubern Gesinnung des Volkes, daß wir über diese Manifestation eines tüchtigen Volkscharakters beglückt sein und mit ehrlichem Stolz uns Schweizer nennen dürfen. Das Volk hat auf unsern Appell geantwortet; darauf allein kommt es an; es hat uns erklärt, daß es uns brauche, daß es uns verstehe — auch wenn es nicht mit allem einig geht —; es hat den Gedanken einer durch den Eid gebundenen Genossenschaft des Volkes gegen die Gewalten des Kapitals, der Unterdrückung — und der Kirche festgehalten.

In den Ratssälen hat der Appell des Volkes weniger Erfolg gehabt als die Diplomatie der Kreditanstalt und des Nuntius. Es sind diese beiden Kräfte, welche die Wahlen gemacht haben; sie sind ebenso im Hintergrund geblieben wie die düstere Unheilsfigur des schweizerischen Dollfus, des Jean-Marie Musy, der den welschen Widerstand zu montieren verstand. Seien wir zwar auch hier ehrlich. Hochfinanz und Kirche hätten gar keine Möglichkeit gehabt, den Gegenstoß gegen die demokratische Meinung der deutschen Schweiz im Welschland zu organisieren, wenn nicht unsere eigene Politik im Welschland die Voraussetzungen dafür geschaffen hätte. Man muß endlich den Mut aufbringen, Nicole zu erklären, daß er der welschen Reaktion hervorragend in die Hände arbeitet, indem er die Partei gerade in jene Isolation hineinarbeitet, in der sie zugrunde gehen muß. Der Apparat aller bürgerlichen Parteien möchte unsere Vernichtung; darüber muß man sich klar sein. In der deutschen Schweiz hat die Reaktion des Volkes den Apparat am Zuschlagen gehindert; in der welschen Schweiz ist gegen die Entrechtung der Sozialdemokraten kein Widerstand aus dem Volk gekommen, weil unsere Politik sich nicht mit dem Volk verbunden, sondern sich vom Volk getrennt hat. So hart es ist, so muß es gesagt sein, daß Nicole glaubt, er könne seine auch in der Partei verlorene Position halten, indem er zum Angriff vorgehe; und da die Verblüffung immerhin auch bei uns ein psychologischer Faktor ist, so mag das noch einigen parteiinternen Erfolg versprechen.

Es geht aber darum, das Kräftespiel, das unsern Erfolg auch im Parlament noch verhinderte, zu erkennen und zukünftig nicht mehr wirksam werden zu lassen. Soweit es die bürgerlichen Parteien angeht, so möge man sich bei uns bewußt sein, daß dort die antikapitalistische Stimmung wächst; die Gewerbetage sind ein deutlich sichtbares Zeichen dafür; es hängt nun von uns ab, ob sie positiv ein demokratisches oder ein faschistisches Vorzeichen erhalten soll. Gehen wir aber an die Aufgabe heran, diese antikapitalistische Stimmung zu steigern und zu or-

ganisieren, indem wir uns in einem Pessimismus, der sich noch als staatsmännisch vorkommt, sagen, es sei doch nichts zu machen, dann ist es besser, überhaupt jetzt abzutreten. Aber ich kann und will nicht glauben, daß die Partei derart unheilvoll verbohrt, derart blind sei, daß sie die großen Hoffnungen, welche in diesen Demonstrationen liegen, nicht zu erkennen und durch ihre Arbeit zur Wirklichkeit umzugestalten vermöchte. Das Volk hat sich in den Dezembertagen von einer derartigen Größe gezeigt, daß wir geradezu verpflichtet sind, ihm auch das größte Vertrauen entgegenzubringen. Es vertraut uns heute selbst, so wie sich Kameraden verstehen müssen, die im gleichen Schützengraben stehen; aber dieses Vertrauen ginge, zu unserer Schande und unserem Verderben, endgültig verloren, wenn wir jetzt seinen Aufstand gering, die Verschwörung der parlamentarischen Führer als entscheidend werten wollten, um die Politik, die uns, zum großen Aerger der Politiker, das Vertrauen des Volkes gewonnen hat, zu verlassen und wieder eine Politik zu betreiben, die uns bestimmt in die Isolation und nachher ins Verderben führen müßte. Denn daran gibt es für denjenigen, der die Dinge vom Volke aus sieht, nichts zu rütteln: Die Politik der Partei hat einen gewaltigen moralischen Erfolg dank ihren neuen Linien davongetragen; ja selbst die Niederlage im Parlament bezeugt im Grunde diesen Erfolg, weil sie uns von Politikern beigebracht wurde, die über den Erfolg der Partei im Volke empört waren und die Gelegenheit zur Rache ergriffen. Es besteht auch taktisch somit gar kein Anlaß, die Politik der Partei zu verlassen. Daß auch bei anderer taktischer Lage unsere Ueberzeugung nicht erschüttert worden wäre, haben wir schon ausgeführt; so verpflichtet uns alles, die neue Politik mutig weiter zu verfolgen und auszubauen.

Es bleibt allerdings ein Kapitel für sich, wie das Verhalten der Katholiken einzuschätzen ist. Daß sie durch die Fraktion die Entscheidung herbeigeführt und die Sozialdemokraten entrechtet haben, daß sich bei ihnen eine eigentliche Dollfus-Fraktion befindet, ist Tatsache. Man hofft offenbar, daß man dadurch den freisinnigen Partner nur um so fester einfange. Aber die Politik ist nicht einheitlich. Es gibt eine Gruppe, die sich um die graue Exzellenz des Altschultheißen Walther von Luzern gruppiert, die uns nicht etwa vernichten will, aber sie will uns ewig unten halten, uns ewig in der Oppositionsstellung konservieren, damit sie bei jedem Anlaß dem freisinnigen Partner uns gebunden als wilde Männer vorführen kann, selbst wenn dieser einen solchen Dienst gar nicht wünscht, um sich dann um so teurer bezahlen zu lassen. So ist denn dank dieser politischen Schaubuden-Taktik das Anwachsen des katholischen Einflusses überall steigend, wobei der Freisinn brav die Rechnung bezahlt. Da aber die kapitalistischen Vorrechte auch gewahrt bleiben, so überläßt er grundsatztreu den Katholiken ein Stück der Staatsmacht nach der andern, bis eben eines Tages das freisinnige Parteivolk in den trüben Schacher hineinschlägt und sowohl Herrn Jöhr als dem Nuntius die Hefte zerreißt.

Es gibt aber auf der andern Seite die Freiburger um Musy. Die wollen nun offen und ehrlich unsern Untergang. Skrupellose Aben-

teurer, kümmert es sie wenig, daß Oesterreich unterging, weil der österreichische Musy in den Februartagen 1934 die Arbeiterschaft niederschlug; sie haben ja noch das Franco-Beispiel vor sich, und den romantisch-reaktionären Geist des Schloßherrn von Middes gelüstet es nur zu sehr, die Rolle des Juan March zu übernehmen. Man läßt ihn machen, obschon niemand weiß, woher Musy das Geld für seine Büros und seine Filme nimmt; daß weder er noch seine Gegenschwäher sie bezahlen, ist einmal sicher. Die Bundespolizei aber weiß, daß um ihn ein Zaun gezogen ist von lauter katholischen Geboten, so daß sie den Herrn nicht untersuchen darf; denn so wie im Wallis die Bundesverfassung nicht mehr besteht, wenn die Jesuiten ins Land gerufen werden, so ist hier kein Staatsschutzgesetz, wo die Grundlagen der schweizerischen Demokratie durch eine Verschwörung der Brunnenvergifter vernichtet werden. Es hieße aber gerade Musys Spiel spielen, wenn wir heute nicht erkennen wollten, wie sehr die Politik der Partei seine Aktion im Volk unmöglich macht, weil sie auch an das Gewissen des nichtabgestempelten katholischen Volkes appelliert. Doch droht hier dem Lande eine Gefahr; die Frage ist nur, ob wir die Gesellschaft um Musy isolieren oder ob sie uns dies Schicksal bereiten kann. Dabei geht es ja nicht um die Partei allein; sie mag, hat sie dereinst ihre Pflicht getan, ruhig abtreten. Aber es geht jetzt um die Erhaltung der Demokratie, der Freiheit und um das Leben eines kleinen Staates. Darum wehren wir uns; wir können es nur mit dem Volk tun, darauf allein kommt es an. Und im Zeichen des Schulterschlusses alles demokratischen Volkes: Mutig vorwärts, vollenden, was angefangen wurde.

Das neue Staatsschutzgesetz

Von Werner Stocker.

Formell betrachtet ist es kein Gesetz, auch kein allgemein verbindlicher oder einfacher Bundesbeschluß, sondern nur ein *Bundesratsbeschluß*. Auch der ominöse und nicht sonderlich berühmte Name »Staatsschutzgesetz« oder »Ordnungsgesetz« ist dem neuen Erlaß erspart worden, — er betitelt sich bescheidener, aber auch umständlicher als *»Maßnahmen gegen staatsgefährliche Umtriebe und zum Schutze der Demokratie«*. Was indessen unter diesem Titel vom Bundesrat beschlossen, in 8 Artikeln zusammengefaßt und am 15. Dezember 1938 bereits in Kraft gesetzt worden ist, bedeutet *inhaltlich* — darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben — die *gesetzmäßige* Regelung einer Materie, und zwar einer äußerst wichtigen Materie. Soll doch nicht weniger als der Schutz unserer Demokratie sichergestellt werden, was nach der Meinung der großen Mehrheit des Schweizervolkes identisch ist mit dem Schutze unseres *Staates*. Die Bezeichnung »gegen *staatsgefährliche* Umtriebe« bringt den Gedanken ebenfalls zum Ausdruck. Dieses Ziel wird aber im vorliegenden Erlaß nicht nur angestrebt durch »Maßnahmen« im verfassungsmäßigen Sinne, das heißt polizei-